

11.07.2012

Kleine Anfrage 110

der Abgeordneten Dietmar Brockes, Holger Ellerbrock und Henning Höne FDP

Wie steht es um die Industriepolitik der Landesregierung?

Nordrhein-Westfalen ist die Herzkammer der deutschen Industrie: 16.000 Industrieunternehmen geben rund 1,3 Millionen Menschen einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz und tragen etwa 25 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. In keinem anderen Bundesland Deutschlands hängt der Wohlstand so stark von der Industrie ab wie in Nordrhein-Westfalen.

Voraussetzung für eine moderne Industrie und auch für das Gelingen der Energiewende ist die Akzeptanz. Ohne Akzeptanz und Anerkennung in der Bevölkerung kann die Industrie in unserem Land nicht die Chancen nutzen, die sich ihr weltweit bieten. Diese schwindet in unserem Bundesland seit einiger Zeit zunehmend. Nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in einigen politischen Kreisen. Notwendig ist vielmehr ein Klima der Aufgeschlossenheit gegenüber Naturwissenschaften, Technologie und Industrie, bei dem die Ängste von Bürgerinnen und Bürgern ernstgenommen werden – ohne sie für eigene Zwecke zu instrumentalisieren.

Daher wurde am 10. Juni 2009 zwischen der damaligen CDU und FDP geführten Landesregierung, sowie den Unternehmen, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, Industrie- und Handelskammern und den Gewerkschaften im DGB mit der Düsseldorfer Erklärung die „Allianz Pro Industrie und Nachhaltigkeit“ gegründet. Ziel und Aufgabe der im Wirtschaftsministerium angesiedelten Allianz ist es, über die ökologischen Chancen und ökonomischen Notwendigkeiten des Industrielandes Nordrhein-Westfalen in einem breit angelegten gesellschaftlichen Diskurs aufzuklären. Industrieller Fortschritt und nachhaltige Entwicklung dürfen nicht als Gegensätze begriffen werden, sondern bedingen und fordern einander gegenseitig. Um diese Botschaft zu vermitteln, wurden unter der Vorgängerregierung lokale, regionale und landesweite Aktivitäten durchgeführt.

Nach der Landtagswahl im Jahr 2010 hat die von SPD und Grünen geführte, Landesregierung in der Allianz pro Industrie und Nachhaltigkeit die Aktivitäten kontinuierlich zurückgefahren. In der Öffentlichkeit wird die Allianz schon nicht mehr wahrgenommen. Der monatlich erscheinende „Industrieticker“ wurde im Mai 2011 eingestellt.

Datum des Originals: 04.07.2012/Ausgegeben: 11.07.2012

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Projekte sind in der „Allianz Pro Industrie und Nachhaltigkeit“ in den vergangenen zwei Jahren mit welchen Ergebnissen bearbeitet worden?
2. Welche Projekte sind seit 2010 aus welchem Grunde nicht weiter verfolgt worden?
3. Mit welchem Konzept beabsichtigt die Landesregierung die „Allianz pro Industrie und Nachhaltigkeit“ fortzuführen?
4. Welche Aktivitäten sind konkret geplant?
5. Wie ist die neu geschaffene Geschäftsstelle „Dialog schafft Zukunft“ mit der „Allianz pro Industrie und Nachhaltigkeit“ organisatorisch und inhaltlich verknüpft?

Dietmar Brockes
Holger Ellerbrock
Henning Höne